



## **Die Rolle der EU als dritter Nachbar hinsichtlich der Ressourcenentwicklung der Mongolei**

**Ralph D. Thiele**

**Dezember 2011**

### **Zusammenfassung**

---

Die Mongolei ist reich an Bodenschätzen. Dieser Reichtum bietet Chancen wie auch Gefahren, Rechte wie auch Pflichten. Der Reichtum weckt Begehrlichkeiten bei Nachbarn – auch bei den großen Nachbarn im Norden und Süden. Er ist zudem Grund für Besorgnis in einem Zeitalter schwindender Energiequellen. Bislang ist die Mongolei sehr stark von ihren beiden unmittelbaren Nachbarn und zugleich entscheidenden Handelspartnern China und Russland abhängig. In der Vergangenheit hat die Mongolei umfangreiche Lieferverträge mit beiden Ländern abgeschlossen. Weiterhin sind chinesische und russische Unternehmen bei Exploration und Abbau von Ressourcen stark engagiert.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hegen keine Hegemonialansprüche. Ihre langfristigen Zielsetzungen unterstreichen die Bedeutung partnerschaftlicher Kooperation. Sie bieten sich als geeignete Partner der Mongolei an. Bei der Erschließung der Rohstoffe des Landes können europäische Firmen auch mit ihrem technologischen Know-how von großer Hilfe sein.

Energiesicherheit kann keine Einbahnstraße sein. Es geht darum, die Interessen sowohl der rohstofffördernden als auch der rohstoffimportierenden Länder zu berücksichtigen, sinnvoll in Ausgleich zu bringen und im Sinne gemeinsamer Vorteile fortzuentwickeln. Die Wirtschaft ist gefragt, konkrete Rohstoffprojekte zu entwickeln und vor Ort umzusetzen. Die Projekte sollen nicht nur dazu beitragen, die Rohstoffversorgung Europas zu sichern, sondern insbesondere auch die wirtschaftliche Entwicklung im Partnerland Mongolei zu unterstützen.

Eine engere Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten hätte für die Mongolei politische und technische Vorteile. Sie würde den Wettbewerb fördern und zu besseren Ergebnissen für die Mongolei selbst führen. Ein solcher Wettbewerb würde auch zu ausgewogeneren Verträgen und einer erhöhten technischen Leistung führen. Dies kann für die Mongolei nur von Vorteil bei der Energieressourcengewinnung sein.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber



auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

### **Über den Autor dieses Beitrags**

---

*Oberst i.G. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn.*



*Ralph D. Thiele*



## Analyse

---

### 1. Im Blickfeld der Nachbarn

Die Mongolei ist reich an Bodenschätzen. Dieser Reichtum bietet Chancen wie auch Gefahren, Rechte wie auch Pflichten. Der Reichtum weckt Begehrlichkeiten bei Nachbarn – auch bei den großen Nachbarn im Norden und Süden. Er ist zudem Grund für Besorgnis in einem Zeitalter schwindender Energiequellen.

Schätzungen über den genauen Umfang der mongolischen Energieressourcen schwanken; sie gehören aber weltweit zu den größten. Neben ca. 100 Mrd. Tonnen Steinkohle liegen große, noch unerschlossene Erdölquellen im Süden des Landes sowie große Mengen Uran. Weiterhin verfügt das Land über erhebliche Waldbestände, welche auch in Zukunft als erneuerbare Energiequelle dienen können.

Die sichere Energieversorgung ist eine Schlüsselherausforderung im 21. Jahrhunderts. Eine sichere, nachhaltige und möglichst transparente Rohstoffversorgung ist von herausragender Bedeutung für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft. Rohstoffe bilden eine unverzichtbare Grundlage für die nachfolgende industrielle Produktion und sind Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen enormen Energiebedarf. Die Sicherheit ihrer Energieversorgung ist allerdings nicht nur eine Frage der Marktliberalisierung. Vielmehr erleben wir in eine zunehmende Monopolisierung der Energieversorgungskette durch die Energierohstoffproduzenten, die teilweise auch mit einer Verstaatlichung der entsprechenden Unternehmen und deren Infrastrukturen verbunden ist. Weiterhin gibt es keine sichere Energieversorgung ohne die Sicherheit der entsprechenden Energieinfrastruktur. Das gilt ganz besonders für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Energieinfrastrukturen reichen über nationale Grenzen hinweg und sind unterschiedlichen Regulierungsansätzen unterworfen. Auf der einen Seite werden die Sicherheitsstandards für die Energieinfrastruktur von einzelnen Ländern oder den projektbeteiligten Partnern definiert. Dem steht auf der anderen Seite eine regionale oder gar globale Abhängigkeit von der funktionierenden Energieinfrastruktur gegenüber.

Wichtige Energierohstoffförder- und -transitländer verfügen über keine oder keine umfassenden Strategien zum Schutz und zur Sicherung ihrer kritischen Energieinfrastrukturen. Angesichts der Abhängigkeiten entlang der Energieversorgungskette bedeutet dies, dass sich der Mangel an Sicherheit in den vorgelagerten Stufen direkt auf die Energieversorgungssicherheit der Verbraucherländer auswirkt.

Globale Megatrends stecken den politischen Handlungsrahmen ab, innerhalb dessen die EU ihre Energiesicherheit zu gestalten hat.<sup>1</sup> Vier dieser Megatrends weisen eine besondere Relevanz für auf:

---

<sup>1</sup> Sieben globale Megatrends: Demographie, Ressourcen/Umwelt, Wissenschaft/Technologie, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der SFT 21. Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr (2002): Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologie im 21. Jahrhundert (SFT 21), Waldbröl: ZenTrans Bw.  
National Intelligence Council (2008): Global Trends 2025: A Transformed World, Washington: NIC.



- Demographischer Wandel: Eine bis 2030 auf 9,1 Mrd. ansteigende Weltbevölkerung lässt einen zu nächst rapiden Anstieg des Energiebedarfs und damit eine wachsende Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen erwarten.
- Ressourcennutzung und Umwelt/Klima: Der mit dem demographischen Wandel einhergehende rapide ansteigende Energiebedarf lässt auf eine verstärkte Nutzung von Energieressourcen schließen, die Klima und Umwelt verändert.
- Technologischer Fortschritt: Der aus demographischem Wandel und steigendem Energiebedarf wachsende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Druck lässt eine intensive Technologieforschung im Energiebereich erwarten, die Macht und Status von politischen und wirtschaftlichen Akteuren durch Fortschritte alternativer Energiequellen verändern kann.
- Terrorismus: Da die Bezugsquellen von Energierohstoffen liegen größtenteils in politisch instabilen Regionen – insbesondere der sogenannten strategische Ellipse –, die besonders mit Terrorismus, Kriminalität und Piraterie zu kämpfen haben. Daher ist in Zukunft verstärkt mit einer Kombination von energie- und sicherheitspolitischer Herausforderungen zu rechnen.

## 2. Energieressourcen im internationalen Kontext

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Industrieländern beruht zu einem erheblichen Anteil auf der Verfügbarkeit wichtiger Rohstoffe. Rohstoffsicherung bedarf daher einer engagierten außen- und außenwirtschaftspolitischen Unterstützung sowie entwicklungspolitischer Flankierung. Angesichts jüngster Entwicklungen im internationalen Rohstoffsektor und der weltwirtschaftlichen Bedeutung werden sich die G20<sup>2</sup> mit dieser Thematik befassen. Offene Rohstoffmärkte, die umweltgerechte Förderung von Rohstoffen sowie die Wohlfahrtssteigerung durch verbesserte Transparenz als Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung sind wichtige Themen auch für die G20.

Deutschland beispielsweise unterstützt besonders seit dem G8<sup>3</sup>-Gipfel in Heiligendamm Bemühungen um mehr Transparenz von Geldflüssen im Zusammenhang mit der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen. Dies ist auch Bestandteil der deutschen entwicklungspolitischen Maßnahmen. Die an der diesbezüglichen Extractive Industries Transparency Initiative beteiligten Länder verpflichten sich, Staatseinnahmen aus Rohstoffen bzw. die Zahlungen von Öl- und Bergbauunternehmen offenzulegen. Darüber hinaus sprachen sich die G8-Staaten 2007 in Heiligendamm für einen verantwortungsvollen Umgang mit Produktion und Export und mehr Transparenz im Rohstoffsektor und für die Umsetzung der Zertifizierung mineralischer Rohstoffe aus.

---

National Intelligence Council (2004): Mapping the global future. Report of the National Intelligence Council's 2020 Project Based on consultations with nongovernmental experts around the world, Washington: NIC.

<sup>2</sup> The G20 was established in 1999, in the wake of the 1997 Asian Financial Crisis, to bring together major advanced and emerging economies to stabilize the global financial market.

<sup>3</sup> The Group of Eight (G8, and formerly the G6 or Group of Six) is a forum, created by France in 1975,[1] for the governments of six major economies: France, Germany, Italy, Japan, the United Kingdom, and the United States. In 1976, Canada joined the group (thus creating the G7). In 1997, the group added Russia, thus becoming the G8. In addition, the European Union is represented within the G8, but cannot host or chair.



Derzeit werden im G20-Prozess rohstoffrelevante Themen und einschlägige Teilaspekte in der G20-Energy Expert Group platziert. Dazu zählen u. a. Energiepreisvolatilität, Subventionen für fossile Energieträger, Preisspekulation bei Rohstoffen und die von russischer Seite gerade eingebrachte Initiative „Global Marine Environment Protection“ (GMEP).

Auch die OECD<sup>4</sup> verbessert ihre analytischen Aktivitäten im Rohstoffbereich u. a. durch den Aufbau einer Datenbank zu Handelsbeschränkungen im internationalen Rohstoffsektor.

Ein wichtiges Ereignis auf multilateraler Ebene, bei dem Rohstoffe und Ressourceneffizienz eine bedeutende Rolle spielen werden, wird die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio-plus-20) sein, die im Jahr 2012 auf Staats- und Regierungsebene in Rio de Janeiro stattfinden wird. Ein Hauptthema der Konferenz wird sein, wie weltweit die Transformation zu einer Green Economy im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsreduzierung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Länder realisiert werden kann. U. a. geht es darum, wie bei gleichzeitig wachsender Wirtschaftsleistung vor allem auch der Entwicklungsländer die Rohstoffproduktivität erhöht und die Rohstoffnutzung gesenkt werden kann.

Energieressourcen sind von volkswirtschaftlich strategischer Bedeutung: Erdöl ist z.B. als nahezu ausschließlicher Energieträger des weltweiten Verkehrssektors bisher nicht ersetzbar. Während importabhängige Länder versuchen, die Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen zu verringern bzw. ihre Nachteile in Grenzen zu halten, sind exportabhängige Länder bestrebt, die Einkünfte aus Öl- und Gasverkäufen – oft die einzige Einkommensquelle für zahlreiche erdöl- und erdgasexportierende Länder – stabil zu halten. Abhängigkeit stellt in diesem System jedoch einen Faktor der Unsicherheit dar:

- Für die importabhängigen Länder kann er die Verwundbarkeit durch Lieferstörungen und die Einschränkung nationaler Handlungsfreiheit bedeuten. Solche Lieferstörungen sind fast immer mit politischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden.
- Für die exportabhängigen Länder hingegen kann diese Abhängigkeit eine hohe außenwirtschaftliche Verwundbarkeit und eine Bremse für den gesamten Modernisierungsprozess bedeuten.<sup>5</sup>

Vor allem im Zuge der international zunehmenden Konkurrenz um Energierohstoffe zeichnet sich seit einigen Jahren auf den internationalen Energiemärkten ein verstärktes Kräftemessen zwischen Energieproduzenten und -konsumenten ab. Die strategischen Rahmenbedingungen werden v.a. von folgenden Entwicklungen bestimmt:<sup>6</sup>

- Erstens entwickelt sich die Situation in der Weltwirtschaft zunehmend instabiler.
- Zweitens spitzen sich Verteilungskonflikte um die Rohstoffe und Energieressourcen zu.

<sup>4</sup> The mission of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) is to promote policies that will improve the economic and social well-being of people around the world.

<sup>5</sup> S. Häckel, Erwin (2004): Internationale Energiepolitik, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handbuch Internationale Politik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 177-186 (181).

<sup>6</sup> S. Kleinwächter, Lutz (2007): Energie-Außenpolitik, in: Kleinwächter, Lutz (Hg.): Deutsche Energiepolitik, Eggersdorf: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S. 91-99 (92).



- Drittens steigt die Relevanz des Energiesicherheitsthemas besonders mit dem konkurrierenden Bedarf zwischen Industrienationen und postmodernen Informationsgesellschaften, Schwellenländern und Entwicklungsländern.<sup>7</sup>
- Viertens zeichnen sich Tendenzen einer globalen Destabilisierung der Umweltsituation ab.
- Fünftens ist Energiesicherheit längst selbst Gegenstand strategischer Außensicherheitspolitik, die über die Spielregeln auf den Energiemärkten eigene Machtpositionen absichern bzw. verbessern will.

Das Thema *Energie* – insbesondere *Energiesicherheit* - verknüpft damit wie kaum ein anderer Bereich nicht nur komplexe Herausforderungen unterschiedlicher Dimensionen – ökonomische, soziale, kulturelle, technologische, sicherheitspolitische – miteinander, sondern involviert eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure – staatliche und nicht-staatliche. Diese veränderten Herausforderungen verlangen deshalb nach Lösungen jenseits der zwanghaften Aufrechterhaltung der strikten Trennung von innen und außen, von staatlicher und privater Zuständigkeit. Stattdessen hängt die zukünftige Gewährleistung von Energiesicherheit maßgeblich von der Fähigkeit zur Erschließung von Synergien ab

### 3. Das Energiethema in der Europäischen Union

Mit dem Grünbuch *Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie* begann 2006 erstmals eine europäische Debatte über die strategische Ausrichtung der europäischen Energiepolitik. 2007 veröffentlichte die Europäische Kommission den *Strategic Energy Review*.<sup>8</sup> Diese energie- und sicherheitspolitischen Maßnahmen passen sich in den Rechtsrahmen der EU ein und sind Teil einer europäischen Energiestrategie. Im November 2008 hat die EU-Kommission nach eingehenden Expertengesprächen mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine Rohstoffinitiative in Form einer Kommissionsmitteilung vorgelegt. Zusammengefasst bestehen die Kernelemente der Initiative aus drei Säulen

- Bekämpfung von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen,
- Stärkere Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an Rohstoffinteressen der Gemeinschaftsindustrien und
- Förderung von Recycling, Materialeffizienz und Substitution.

Mit dem Lissabon Vertrag hat eine Kompetenzverteilung im Bereich der Energiepolitik stattgefunden, d.h., die Zuständigkeit liegt nicht länger exklusiv bei den Mitgliedstaaten. Dennoch belässt der Vertrag von Lissabon jedem Mitgliedstaat das Recht, "die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen" (Art. 194 Abs. 2 UAbs. 2). Neben technischen Aspekten wird sich die Europäische Kommission künftig vermehrt sicherheitspolitischen Aspekten des Energiethemas widmen müssen.

<sup>7</sup> Bedarf meint in dieser Arbeit die Absicht, eine bestimmte Art und Menge an Gütern zu erwerben. Bedarf und Nachfrage werden synonym verwendet.

<sup>8</sup> S. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel: EU, S. 13



Die Energiepolitik der Europäischen Union zielt auf eine sparsam mit Energie umgehende Wirtschaft und eine gesicherte, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energieversorgung. Voraussetzung dafür sind das reibungslose Funktionieren des Energiebinnenmarkts, die strategische Versorgungssicherheit, eine konkrete Reduzierung der Treibhausgasemissionen sowie ein geschlossenes Auftreten der EU auf der internationalen Bühne.<sup>9</sup> Hauptziel europäischer Energiepolitik ist eine ganzheitliche Betrachtung der politischen Komponenten und Maßnahmen, d.h. Kohärenz.<sup>10</sup>

Die strategischen Ziele der Europäischen Kommission und ihr Aktionsplan bilden den Kern der neuen europäischen Energiepolitik, welche auf drei langfristige Ziele ausgerichtet ist:

1. Nachhaltigkeit:

- (a) Entwicklung wettbewerbsfähiger erneuerbarer Energiequellen und anderer Energiequellen und Energieträger mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, vor allem alternativer Kraftstoffe,
- (b) Begrenzung der Energienachfrage in Europa und
- (c) führende Rolle bei den weltweiten Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Verbesserung der örtlichen Luftqualität.

2. Wettbewerbsfähigkeit:

- (a) Sicherstellen, dass die Energiemarktöffnung den Verbrauchern und der Wirtschaft insgesamt Vorteile bringt und gleichzeitig Förderung von Investitionen in die umweltfreundliche Energieerzeugung und in Energieeffizienz,
- (b) Begrenzung der Auswirkungen höherer internationaler Energiepreise auf Wirtschaft und Bürger in der EU und
- (c) Beibehaltung der europäischen Führungsposition im Bereich der Energietechnologien.

3. Versorgungssicherheit: Lösungen für die steigende Abhängigkeit der EU von Energieimporten durch

- (a) einen integrierten Ansatz – Verringerung der Nachfrage, Diversifizierung des Energieträgermixes in der EU durch eine vermehrte Nutzung wettbewerbsfähiger einheimischer und erneuerbarer Energien und Diversifizierung der Energieeinfuhrquellen und der -importwege,
- (b) die Schaffung eines Rahmens, der angemessene Investitionen zur Bewältigung der wachsenden Energienachfrage fördert,
- (c) eine bessere Ausstattung der EU mit Mitteln für die Bewältigung von Notfällen,
- (d) die Verbesserung der Bedingungen für europäische Unternehmen, die Zugang zu globalen Ressourcen haben wollen, und
- (e) die Gewährleistung, dass alle Bürger und Unternehmen Zugang zu Energie haben.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> S. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel: EU, S. 1.

<sup>10</sup> S. ebd., S. 7.

<sup>11</sup> S. Europäische Kommission (2006): Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel: EU, S. 20 f.



Im Grünbuch der EU-Kommission sind sechs zentrale Bereiche europäischer Energiesicherheit festgelegt:<sup>12</sup>

- Wettbewerbsfähiger Energiebinnenmarkt,
- Solidarität,
- Diversifizierung des Energieträgermix,
- nachhaltige Entwicklung im Klimaschutz,
- Innovation und Technologie und
- Außenpolitik.

Jeder dieser sechs Bereiche ist wesentlich für die langfristige Gewährleistung von Energiesicherheit in Europa. Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten unterstützt im Krisenfall die Absicherung gegen politische Risiken und gegen Versorgungsunterbrechungen und beim Schutz europäischer Energieinfrastruktur vor Naturkatastrophen und terroristischen Bedrohungen.

Im Fall einer Krise sieht die EU ein dreiphasiges Krisenmanagement vor:

- In der ersten Phase kommt die Reaktion der Industrie und Wirtschaft auf die Versorgungsunterbrechung zum Tragen;
- erweist sich das als unzureichend, ergreifen die Mitgliedstaaten Maßnahmen (Phase 2), um die Versorgungsunterbrechung zu beheben.
- Angemessene Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene (Phase 3) werden erst dann ergriffen, wenn die in den ersten zwei Phasen ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem Erfolg geführt haben.<sup>13</sup>

Die Entwicklung und der Einsatz neuer Energietechnologien sind von wesentlicher Bedeutung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, der Nachhaltigkeit und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Energieeffiziente und kohlenstoffarme Technologien stellen einen schnell wachsenden internationalen Markt dar. Forschung im Bereich kohlenstoffarme Energietechnologien hat eine strategische Bedeutung: Zum einen im Umgang mit dem Klimawandel und zum anderen zur Sicherheit der Energieversorgung. Um den Übergang zu einer kohlenstoffemissionsarmen Wirtschaft realisieren zu können, hat sich die Europäische Kommission einen Maßnahmenkatalog mit den Zielmarken 2020 und 2050 gesteckt.

Zur Flankierung der energiepolitischen Maßnahmen der EU entwickelt die EU seit dem Gasstreik zwischen Russland und der Ukraine bzw. Weißrussland eine Energieaußenpolitik. Der Europäische Rat hat hierzu einen umfassenden energiepolitischen Aktionsplan verabschiedet, der die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts für die Energieaußenpolitik unterstützt. Kernelement der europäischen Energieaußenpolitik sind Dialogforen

<sup>12</sup> S. Europäische Kommission (2006): Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel: EU, S. 6 f.

<sup>13</sup> Richtlinie 2004/67/EG des Rates vom 26. April 2004 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung, Amtsblatt der Europäischen Union L 127/92, S. 2.





und Partnerschaften zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern, zwischen Verbraucherländern untereinander und zwischen Verbraucher- und Transitländern.<sup>14</sup>

Die wichtigsten EU-Energiepartnerländer sind u.a. Russland, Norwegen, die USA, Indien, China und die OPEC. Mit fünf weiteren wichtigen EU-Energiepartnern – Ukraine, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Ägypten – konnten bereits Absichtserklärungen unterzeichnet werden. Regionale Kooperationen wie die Baku-Initiative,<sup>15</sup> die Schwarzmeer-Synergie,<sup>16</sup> die Östliche Partnerschaft,<sup>17</sup> die Mittelmeerunion und die Zentralasienstrategie enthalten einen wichtigen Energie-Bestandteil.

Energiebeziehungen werden auch mit den Ländern des Golfkooperationsrats, Lateinamerikas, der ASEAN und des Asia-Europe Meeting (ASEM) ausgeweitet. Ganz offensichtlich gibt es Wachstumspotenzial für die Beziehungen der Europäischen Union mit der Mongolei.

Um Sicherheit, Berechenbarkeit und die erforderlichen langfristigen Investitionen in neue Kapazitäten zu ermöglichen, soll die Entwicklung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik einen deutlichen Wandel in dieser Energiepartnerschaft sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf einzelstaatlicher Ebene widerspiegeln. Die Schaffung einer europäischen Energiegemeinschaft – im Einklang mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik, ihren Aktionsplänen sowie der Partnerschafts-, Kooperations- und Assoziationsabkommen – soll die Nachbarn der EU einbeziehen und sie schrittweise an den EU-Binnenmarkt heranführen. Ein Raum mit einem gemeinsamen Regelwerk um Europa herum führt langfristig zu gemeinsamen Handels-, Transit- und Umweltregeln sowie harmonisierten und integrierten Märkten.

Mit der Entwicklung des Maghreb-Strommarktes und des Mashrik-Gasmarktes soll eine europaweite Energiegemeinschaft geschaffen werden. Mit essentiellen, strategischen Partnern – wie der Türkei, der Ukraine, der Anrainerstaaten des Mittelmeeres und des Kaspischen Meeres – werden transparente, berechenbare und auf Gegenseitigkeit beruhende Energiepartnerschaften angestrebt.<sup>18</sup> Dieser Rahmen bietet außerdem die Voraussetzung für eine optimale, langfristige Nutzung von Gemeinschaftsinvestitionen durch transeuropäische Energienetze, ihre Ausdehnung auf Partner in Drittländern und die größtmögliche Wirkung von EU-Mitteln, die für den Energiesektor in Drittländern aufgewandt werden.<sup>19</sup>

Energieinfrastrukturen sind kritische Infrastrukturen und müssen geschützt werden. Die EU verfügt seit 2005 über ein Europäisches Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen (EPSKI).<sup>20</sup> Ziel des Programms ist die

<sup>14</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat – Energiepolitische Außenbeziehungen – Grundsätze – Maßnahmen, KOM (2006) 590, Brüssel.

<sup>15</sup> Vgl. European Commission (2006): Ministerial Declaration on Enhanced energy co-operation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighboring countries, Brussels: Directorates-General Energy and Transport.

<sup>16</sup> Vgl. European Commission (2006): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament – Black Sea Synergy. A new regional cooperation initiative, COM (2007) 160, Brussels.

<sup>17</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament – Östliche Partnerschaft, KOM (2008) 823, Brüssel.

<sup>18</sup> S. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel: EU, S. 21.

<sup>19</sup> S. Europäische Kommission (2006): Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel: EU, S. 16 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Mitteilung der Kommission über ein Europäisches Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen, KOM (2006) 786.



Verbesserung des präventiven Schutzes von durch und die Vorsorge für die Bewältigung realisierter Gefahren. Neben den im Vordergrund stehenden terroristischen werden auch natürliche Gefahrenursachen berücksichtigt.<sup>21</sup> Da die Folgen von Anschlägen auf Steuersysteme kritischer Infrastrukturen vielfältig sein können, sind Verfahren, Grundsätze und Instrumente für die Bewältigung der Folgen von Terrorismus, kriminellen Handlungen, Naturkatastrophen und anderen Unglücksursachen bereitzustellen.<sup>22</sup>

Die Verantwortung für den Schutz von kritischen Infrastrukturen liegt – trotz der geltenden Befugnisse der EU – bei den Eigentümern/Betreibern in den Mitgliedstaaten. Die qualitativen und quantitativen Aspekte der Auswirkungen einer Zerstörung bzw. Störung hängen von der Tragweite, also dem geografischen Umfang eines Schadens und der Schwere, also den Folgen des etwaigen Schadens ab. Die Schwere bemisst sich entlang der gesellschaftlichen Auswirkungen, d.h. der Zahl der betroffenen Bürger, der wirtschaftlichen Auswirkungen, d.h. der Schwere des wirtschaftlichen Verlusts bzw. der Minderung der Qualität von Erzeugnissen oder Dienstleistungen, der ökologischen Auswirkungen, der politischen Auswirkungen sowie der psychologischen und gesundheitlichen Auswirkungen.<sup>23</sup>

Da sowohl terroristische Aktivitäten als auch kriminelle Handlungen sowie Natur- und sonstige Katastrophen nicht an Ländergrenzen haltmachen, empfiehlt die EU-Kommission, die externen Dimensionen des Schutzes kritischer Infrastrukturen "*in vollem Umfang*" zu berücksichtigen.

#### **4. Energiesicherheit und die Rolle militärischer Macht**

Energiesicherheit ist eng mit sicherheitspolitischen Überlegungen verbunden. Die Verfügbarkeit und Qualität von Energie betrifft grundlegende Lebensbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und Qualität der Luft zum Atmen. Güter, Ideen, Kapital und Menschen werden zu Land, See, Luft, im Welt- und virtuellen Raum transportiert. Sie können jedoch in keinem dieser Räume ohne Energie bewegt werden. Das Scheitern eines inadäquaten Managements im Umgang mit den Energieherausforderungen des 21. Jahrhunderts kann zu signifikanten Einschränkungen künftiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungspotentiale, der Verschiebung politischer und militärischer Macht über den gesamten Globus und u.U. zu Spannungen, Konflikten und Kriegen führen.

Die NATO sieht beispielsweise in der Herstellung nationaler Energiesicherheit, der Sicherung der Verfügbarkeit von Energierohstoffen, der Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc. nicht nur eine politische und wirtschaftliche Herausforderung, sondern darüber hinaus auch eine sicherheitspolitische Aufgabe. Neben dem staatlichen Interesse an einer sicheren Energieversorgung brauchen auch die Märkte und Investoren Sicherheit in diesem Sektor.

Es ist absehbar, dass der Verteilungskampf um knapper werdende Ressourcen unterhalb oder auch oberhalb der Schwelle sichtbarer militärischer Auseinandersetzungen Operationen der NATO und EU erforderlich macht. So sind zur Sicherung der Netzwerke und (See-)Transportwege bereits heute internationale Überwachungs-

<sup>21</sup> S. ebd. S. 1.

<sup>22</sup> S. ebd. S. 4.

<sup>23</sup> S. ebd. S. 7.



bzw. Sicherungsoperationen nötig. Darüber hinaus ist die Verhinderung kostspieliger Konflikte bzw. die Schaffung sicherer Investitionsbedingungen für Energie-Investoren wiederum Voraussetzung, Mittel in die Erschließung neuer Lagerstätten zu investieren.

Bereits 2006 verwies der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf die wachsende Bedeutung des Themas Energiesicherheit für die Zukunft der NATO.<sup>24</sup> Bei der Sicherung der Seewege für Öl- und Energietransporte, aber auch beim Schutz kritischer Infrastruktur im Energiebereich gegen terroristische Bedrohungen könne die NATO eine Rolle spielen. Zwar obliegen diese Aufgaben der nationalen Souveränität der jeweiligen betroffenen Staaten, jedoch könnte die NATO in technischen Angelegenheiten oder durch Informationsaustausch unterstützen.<sup>25</sup> So könnten NATO-Einheiten sog. *choke points* wie den Panama- und Suezkanal bewachen, aber auch Meerengen wie den Ärmelkanal oder die Straße von Gibraltar, den Schiffsverkehr beobachten, vor terroristischen Angriffen schützen, Begleitservice für nicht-militärische Schiffe anbieten und verdächtige Schiffe kontrollieren.

Verschiedene militärische Fähigkeiten, die dem internationalen Krisenmanagement und der nationalen Sicherheitsvorsorge dienen, sind auch für den Schutz von Energieressourcen und die Gewährleistung der Energieinfrastruktursicherheit von Bedeutung. Zu denken ist beispielsweise an die Sammlung und Auswertung nachrichtendienstlicher Informationen zur Beurteilung des Gefahrenpotentials oder die Überwachung der Infrastrukturen z.B. durch unbemannte Plattformen, Sensorapplikationen, Radarsysteme oder satellitengestützte Aufklärungsmittel. Streitkräfte können physischen Schutz der Energieinfrastrukturen gewährleisten oder zur Stabilisierung jener Räume beitragen, durch die wichtige Energieinfrastrukturen verlaufen. Passive und aktive Fähigkeiten im Bereich der elektronischen Kriegsführung könnten zur Unterstützung der IKT-Sicherheit im Energiesektor eingesetzt werden. Streitkräfte können ferner auch im Bereich der Katastrophenbewältigung eingesetzt werden, wenn bei einem Infrastrukturzwischenfall massenvernichtende Wirkmittel eingesetzt werden. Und schließlich ist die im Rahmen der Streitkräftetransformation aufgebaute Expertise im Bereich Modellbildung und Simulation besonders geeignet, Analysen zur Verwundbarkeit von Infrastruktursektoren zu unterstützen, die miteinander verknüpft sind.

Die NATO betreibt keine eigene Energiepolitik. Sie leistet lediglich einen Beitrag zur nationalen, europäischen oder internationalen Energiesicherheit. Die NATO ist nicht nur ein militärisches Bündnis, sondern auch ein politisches; als solches stärkt sie den Dialog mit Mittelmeerländern und die Beziehungen zu Ländern des Golf-Kooperationsrates oder des NATO-Russland-Rates. Die neue NATO-Strategie, die das Thema Energiesicherheit adressiert, bietet die Gelegenheit, sich mit der Überarbeitung der Europäischen Sicherheits-Strategie abzustimmen und einen breit angelegten strategischen Dialog im Bündnis hinsichtlich des Verhältnisses der NATO zu anderen Institutionen, insbesondere der EU, die Beziehungen zu den Partnerländern innerhalb und außerhalb Europas und die Rolle der NATO bei diesen neuen Aufgaben zu diskutieren.

EU und NATO könnten die Zusammenarbeit beim Thema Energiesicherheit durch gemeinsame Wissenschafts- und Technologieprojekte mit wichtigen Energierohstoffförder- und -transitländern vorantreiben. Als Koopera-

<sup>24</sup> S. Bacia, Horst, Frankenberger, Klaus-Dieter (2006): Die NATO ist kein Weltpolizist, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2006, S. 2.

<sup>25</sup> S. ebd., S. 2.



tionsfelder bieten sich dabei Themen wie IKT-Sicherheit, Lagebewusstsein und Lageverständnis, Führung (C2), Technologien zur Gefahrendetektion und -abwehr, Werkstofftechnologie oder Modellbildung und Simulation an. Schließlich könnten EU und NATO auch die verstärkte militärische Zusammenarbeit mit Schlüsselpartnern in Erwägung ziehen. Über ihre internationalen Kooperationsprogramme könnten beide Organisationen zusammen mit diesen Ländern zur Stärkung der lokalen Fähigkeiten und Kapazitäten zum Schutz der kritischen Energieinfrastruktur beitragen. Angesichts der strategischen Interessen Chinas und Russlands in den genannten Regionen, könnten diese Länder im Sinne der Vertrauensbildung ebenfalls einbezogen werden.

## 5. Europäische Entwicklungsperspektiven

Mit den Anforderungen des zunehmend dynamischeren und komplexeren Umfeldes des 21. Jahrhunderts steigt die Bedeutung gesamtstaatlichen bzw. -gesellschaftlichen Handelns – auch für die verantwortlichen Akteure europäischer Energiesicherheit. Energiesicherheit beschreibt dabei im europäischen Verständnis eine Wertschöpfungskette, die beim Zugang zu den Energierohstoffen Erdöl und -gas beginnt und über den Bezug dieser Rohstoffe bis hin zu ihrem Transport zu Verbrauchern reicht.<sup>26</sup> Im Kern geht es dabei um

- die Verfügbarkeit von Energie
- zu allen Zeiten,
- in ausreichender Menge und
- zu erschwinglichen Preisen.

Drei Elemente sind von besonderer Bedeutung:

1. Das Sicherheitsverständnis: Früher ging das Sicherheitsverständnis von einer äußeren Bedrohung aus; heute bedarf es ganzheitliche Betrachtungsansätze.
2. Der erweiterte Sicherheitsbegriff: Sicherheit muss umfassend und differenzierter als bisher verstanden werden.<sup>27</sup>
3. Sicherheitspolitische Implikationen: Energie beeinflusst Sicherheit und Prosperität in einer neuen Weltordnung mit neuen Akteuren und Regeln.

Der Handlungsrahmen nationaler Energiesicherheit wird durch supranationale und intergouvernementale Rahmenbedingungen bestimmt.<sup>28</sup>

- Die supranationalen Rahmenbedingungen werden in erster Linie von der EU gestaltet: Mit dem Vertrag von Lissabon wird Energiepolitik erstmals ein eigenständiges Politikfeld in der EU betrachtet. Dies führt langfristig zu einer wachsenden Bedeutung dieses Politikfeldes im Rahmen der europäischen Integration.

<sup>26</sup> Vgl. Kapitel 2.2 Definition des Energiesicherheitsbegriffs dieser Arbeit.

<sup>27</sup> Ähnlich wie im Englischen, wo zwischen Safety, Security und Certainty unterschieden wird.

<sup>28</sup> Vgl. Kapitel 3.2 Handlungsrahmen deutscher Energiesicherheit.



- Die intergouvernementalen Rahmenbedingungen werden in erster Linie von der NATO gestaltet: Die NATO betreibt allerdings keine eigene Energiepolitik. Sie leistet lediglich Beiträge zur nationalen, europäischen und internationalen Energiesicherheit.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen und der *Sealines of Communication* sind Paradebeispiele, welche Wege EU und NATO im Kontext der Energiesicherheit beschreiten:

- Die ERN-CIP Initiative der EU Kommission ist ein erster Ansatz ganzheitlichen und gesamteuropäischen Vorgehens im Bereich Energie, Information und Transport.
- Die seit November 2009 zur Bekämpfung der Piraterie im Golf von Aden durchgeführte NATO-Marinemission Operation OCEAN SHIELD unterstreicht die praktische Relevanz der militärischen Dimension von Energiesicherheit.
- Vor dem Horn von Afrika führt die Europäische Union ihre erste maritime Operation (ATALANTA<sup>29</sup>) durch, die der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias dient. Die EU koordiniert diesen Einsatz sehr eng mit der NATO, den USA, Russland, aber auch Japan, mit den Ländern der Region und mit China.

## 6. Dritt-Nachbarschaftshilfe?

Nationale energiepolitische Entscheidungen haben enormen Einfluss auf die Verfügbarkeit und Qualität grundlegender Lebensbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und die Qualität von Luft und Wasser. Im Umkehrschluss führen dann allerdings inadäquate energiepolitische Entscheidungen des Staates zu signifikanten Einschränkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen, u.U. zu einer Verlagerung politischer und militärischer Macht auch in anderen Regionen der Welt oder zu politischer Aufruhr und sozialer Unruhe. Kurz gefasst: Energiesicherheit bestimmt letztlich über Krieg und Frieden, über Wohlergehen und Prosperität von Staaten und Regionen. Energiesicherheit sollte daher ganzheitlich in einem größeren, globalen und – zusammen mit der Bewahrung von Schöpfung, Frieden und Wohlstand – die Menschheitsgeschichte betreffenden Kontext gesehen werden.

Energiesicherheit kann keine Einbahnstraße sein. Es geht darum, die Interessen sowohl der rohstofffördernden als auch der rohstoffimportierenden Länder zu berücksichtigen, sinnvoll in Ausgleich zu bringen und im Sinne gemeinsamer Vorteile fortzuentwickeln. Daher wird zum Beispiel in Deutschland der Aufbau von Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Produzentenländern angestrebt. Für die Partnerschaften ist dabei ein konkretes Engagement der europäischen Wirtschaft erforderlich.

Die europäische Wirtschaft ist gefragt, konkrete Rohstoffprojekte zu entwickeln und vor Ort umzusetzen. Die Projekte sollen nicht nur dazu beitragen, die Rohstoffversorgung Deutschlands zu sichern, sondern insbeson-

<sup>29</sup> Die **EU-Operation ATALANTA** ist eine multinationale Mission der Europäischen Union zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der [Piraterie vor der Küste Somalias](#) am [Horn von Afrika](#) im [Golf von Aden](#) und bezeichnet gleichzeitig einen gemischten multinationalen Marineverband ([Flottille](#)). Die Mission ist die erste Marineoperation der EU.



dere auch die wirtschaftliche Entwicklung im Partnerland zu unterstützen. Die Rohstoffpartnerschaften können sich in den Partnerländern insbesondere darauf beziehen,

- einen Beitrag zur Modernisierung des Rohstoffsektors zu leisten und zu helfen, Investitionsrückstau zu beheben;
- Möglichkeiten zur Ansiedlung einer weiterverarbeitenden Industrie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu eröffnen;
- neue Arbeitsplätze im Rohstoffsektor zu schaffen;
- Unterstützung bei der Ausbildung von Personal zu leisten,
- Hilfestellung zur systematischen Erschließung neuer Lagerstätten zu bieten;
- Transparenz von Finanzströmen und Handelsketten zu etablieren;
- bei der Einführung einer wirksamen Finanz- und Fiskalpolitik zu helfen, die den starken Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten Rechnung trägt;
- Unterstützung bei der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und bei der Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen zu leisten sowie
- Wissenstransfer durch wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Bislang ist die Mongolei sehr stark von ihren beiden unmittelbaren Nachbarn und zugleich entscheidenden Handelspartnern China und Russland abhängig. In der Vergangenheit hat die Mongolei umfangreiche Lieferverträge mit beiden Ländern abgeschlossen. Weiterhin sind chinesische und russische Unternehmen bei Exploration und Abbau von Ressourcen stark engagiert. Sofern meine Informationen zutreffen sehen sich ganz ähnlich wie britische und amerikanische Ölunternehmen in Persien in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts diese Unternehmen gelegentlich bis häufig als „Eigentümer“ der Rohstoffquellen, nicht als Gäste des Landes.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hegen demgegenüber keine Hegemonialansprüche. Ihre langfristigen Zielsetzungen unterstreichen die Bedeutung partnerschaftlicher Kooperation. Sie bieten sich als geeignete Partner der Mongolei an. Bei der Erschließung der Rohstoffe des Landes können europäische Firmen auch mit ihrem technologischen Know-how von großer Hilfe sein. Deutsche Firmen wie Wintershall, eine Tochter der BASF, oder auch die großen europäischen Ölmultis wie BP und Shell verfügen über das technische und kaufmännische Wissen, um mongolische Ressourcen zu explorieren und im Auftrag des Landes zu vermarkten.

Die Europäische Union kann ferner auf dem Gebiet der regenerativen Energiegewinnung die Mongolei unterstützen. In diesem Bereich sind europäische Unternehmen, allen voran deutsche Unternehmen, Marktführer. Um die Abhängigkeit der Mongolei von der Energiegewinnung durch Steinkohle zu verringern und dadurch die Umweltbelastung zu reduzieren, wäre ein zügiger Aufbau von Stromerzeugung durch Wind und Sonnenenergie empfehlenswert. Neben der Reduzierung der Umweltbelastung stünden auf diese Weise durch einen solchen Schritt größere Mengen Steinkohle für den Export zur Verfügung.



Darüber hinaus können europäische Unternehmen die Mongolei beim Bau neuer konventioneller oder nuklearer Kraftwerke sowie mit modernster und umweltfreundlicher Technologie unterstützen. Eine weitere Möglichkeit besteht in der Erforschung zur Gewinnung von Wasserstoff als Basis einer neuen und sauberen Energiequelle. Auf diesen Gebieten gehören europäische Unternehmen zu den Marktführern. Eine Zusammenarbeit zwischen EU/NATO und der Mongolei auf dem Gebiet „Überwachung von Rohstoffen und deren Ausbeutung“ wäre ein weiteres mögliches Feld der Zusammenarbeit.

Eine engere Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten hätte für die Mongolei politische und technische Vorteile und würde zudem die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch sehr starke Abhängigkeit von China und Russland abmildern. Eine engere Kooperation mit Europa, ohne die Beziehungen zu China und Russland zu vernachlässigen, würde den Wettbewerb fördern und zu besseren Ergebnissen für die Mongolei selbst führen. Ein solcher Wettbewerb würde auch zu ausgewogeneren Verträgen und einer erhöhten technischen Leistung führen. Dies kann für die Mongolei nur von Vorteil bei der Energieressourcengewinnung sein.

Es wäre wünschenswert, wenn dieser Prozess angestoßen werden könnte. Hierfür müssten sich beide Partner gezielt aufeinander zubewegen. Nur so kann die Europäische Union zu einem dritten Partner heranwachsen. China und Russland sollten verstehen, dass die Mongolei kein „Erbhof“ ist und auch kein Land, das ausgebeutet werden kann. Ebenso muss Europa verstehen, dass eine freundschaftliche und auf die Bedürfnisse der Mongolei ausgerichtete Zusammenarbeit für beide Partner große Vorteile und Chancen beinhaltet – gegenseitige Dritt-Nachbarschaftshilfe.

\*\*\*

**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.